



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 3./4./11. November 2020

In der November-Session wurde zum dritten Mal über das [Stimm- und Wahlrechtsalter 16 auf Gemeindeebene](#) abgestimmt. Bisher wurde das Geschäft zwei Mal angenommen: Zum ersten Mal lag es vor rund einem Jahr auf dem Tisch. Damals wurde ein entsprechender Auftrag noch verhältnismässig klar mit 51:44 angenommen. Beim zweiten Mal, anlässlich der letzten Session, als die Botschaft vom Regierungsrat vorlag, wurde die geplante Gesetzesänderung im Rahmen der ersten Lesung nur noch äusserst knapp mit 48:47 angenommen. Da hier zudem eine Verfassungsänderung nötig geworden wäre, kam es in der November-Session zur zweiten und somit finalen Lesung. Aufgrund der Konstellation (Abwesenheiten) kippte nun das Pendel ins Nein (45:48) und somit wurde das Geschäft schlussendlich doch noch abgelehnt und als erledigt betrachtet – ausser Spesen nichts gewesen.

In das gleiche Segment geht eine [Volksinitiative, welche den Gemeinden die Möglichkeit zur Einführung des Ausländer-Stimm- und Wahlrechts einräumen will](#). Die eine Seite argumentierte mit der Gemeindeautonomie sowie mit der Überzeugung, dass die Gemeinden so zukünftig ihre Behördenämter einfacher besetzen können; nebenbei hätte die Vorlage noch eine integrative Wirkung für die Ausländer. Für die andere Seite war und ist klar, dass es heute verhältnismässig einfach ist, sich einbürgern zu lassen. Das heisst, wer sich ernsthaft am politischen Geschehen beteiligen will, kann dies nach erfolgter Einbürgerung machen. Ich stimmte gegen die Initiative – dies nach vorgängiger Absprache mit dem EVP-Vorstand, der sich in dieser Sache der Argumentation der Gegner anschloss.

Wieder einmal mussten wir über neue [Covid-Verordnungen](#) abstimmen, welche der Regierungsrat beschlossen hatte. Dazu gab es diverse kritische Voten – je nach persönlicher Betroffenheit. Obwohl diese Verordnungen in der Regel schlussendlich klar angenommen werden, so ist die Diskussion dazu aus demokratischer Sicht dennoch sehr wichtig. Mit meinem Votum setzte ich ein Zeichen für die betroffenen Personen in den Spitälern und Heimen. Das Besuchsrecht und die Entscheidungsfreiheit sind dort teils stark eingeschränkt. Da ich überzeugt bin, dass neben körperlichem Schutz Seele und Geist mindestens so stark geschützt werden müssen, bin ich starker Verfechter dafür, dass Besuche, Nähe und Luftveränderungen für diese Personen sehr wichtig sind und nur in ganz wenigen Ausnahmefällen eingeschränkt werden sollten.

In Kürze

Abgebaut werden konnte der Berg der Interpellationen. Unter anderem ging um die [KESB](#), [Alterssparen](#), [E-Bikes](#), [Grossraubtiere](#), [Fahrende](#) und [Steuerabzüge](#) – also um eine sehr breite Palette an Themen. Angenommen wurde ein Auftrag, der verlangte, dass die [E-Zigaretten](#) im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes auf die gleiche Ebene wie die normalen Zigaretten gestellt werden. Alles in allem waren wir verhältnismässig sehr speditiv. So kam es bisher eher selten vor, dass eine Fraktion auf ihr Recht, zu einem Geschäft Stellung nehmen zu können, verzichtete. An dieser Session war dies nun aber auffallend oft der Fall.

Die nächste Session findet am 8./9./15./16. Dezember 2020 statt.

André Wyss

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

Persönlich

Als Initiator und zusammen mit der Gesamtfraktion habe ich eine Interpellation zum Thema **«Integrative sonderpädagogische Massnahmen (ISM)»** eingereicht. Die Anzahl Schüler nimmt in diesem Bereich jährlich zu, was zu entsprechenden Kostensteigerungen führt.

Dabei geht es mir weniger um die ISM als solches, geht es dort an sich nur noch um eine Symptombekämpfung. Mir geht es mehr um die Frage der Ursache, d.h. um die Frage, wieso diese Zahlen immer weiter steigen. Kann die Ursache eruiert und im Idealfall «bekämpft» werden, so können folglich auch die Zahlen und Kosten wieder gesenkt werden.

Beim Geschäft zum **«Kredit für die Fachhochschule»** war ich Fraktionsprecher. Als Fraktion lehnten wir den Kredit ab, um damit ein Zeichen gegen die stetig steigenden Kosten in diesem Bereich zu setzen.

Neben meinem Votum zum Thema **«Besuchsrecht»** habe ich federführend und zusammen mit Vertretern aller Parteien eine Pressemitteilung zum Thema lanciert und eingereicht.

Bei der äusserst komplexen Vorlage **«Änderung des Pensionskassengesetzes»** war ich Kommissionssprecher der Finanzkommission.

Ganz zum Schluss der Session kam dann auch noch meine Interpellation zum Thema **«Steuerabzüge»** zur Diskussion.